

Gute Idee



Kathrin Aldenhoff
über das geplante Mahnmal

Es ist viel passiert: Nicht einmal der Initiator der Idee eines Mahnmals für die enteigneten Juden hatte vor zwei Jahren damit gerechnet, dass es jemals wirklich gebaut wird. Doch das Mahnmal wird gebaut, Bremens Abgeordnete haben sich dafür ausgesprochen, und nun ist der nächste Schritt getan: Es gibt einen Kompromissvorschlag für einen Standort.

Man könnte das für einen faulen Kompromiss halten: Die Behörde will dem Unternehmen nicht übermäßig auf die Füße treten, und ganz zentral ist der Standort auch nicht. Aber diese Lösung ist kein fauler Kompromiss. Nach den Vorschlägen, die teils absurd schienen, wie eine Schule in Walle oder das Weserstadion, ist dieser Kompromiss ein guter. Weil der vorgeschlagene Standort geschichtlich nachvollziehbar ist, weil er realistisch ist, weil an dieser Stelle viele junge Menschen erreicht werden können.

Es ist ein guter Kompromiss, wenn das Mahnmal so gestaltet ist, dass Passanten darauf aufmerksam werden, dass es auch den Jugendlichen auffällt, die in der Jugendherberge übernachten. Und das Wichtigste ist, dass das Mahnmal überhaupt gebaut wird und die Geschichte der Enteignung weiter aufgearbeitet wird. Denn das muss sie. **Berichte Seiten 1 und 7**
kathrin.aldenhoff@weser-kurier.de

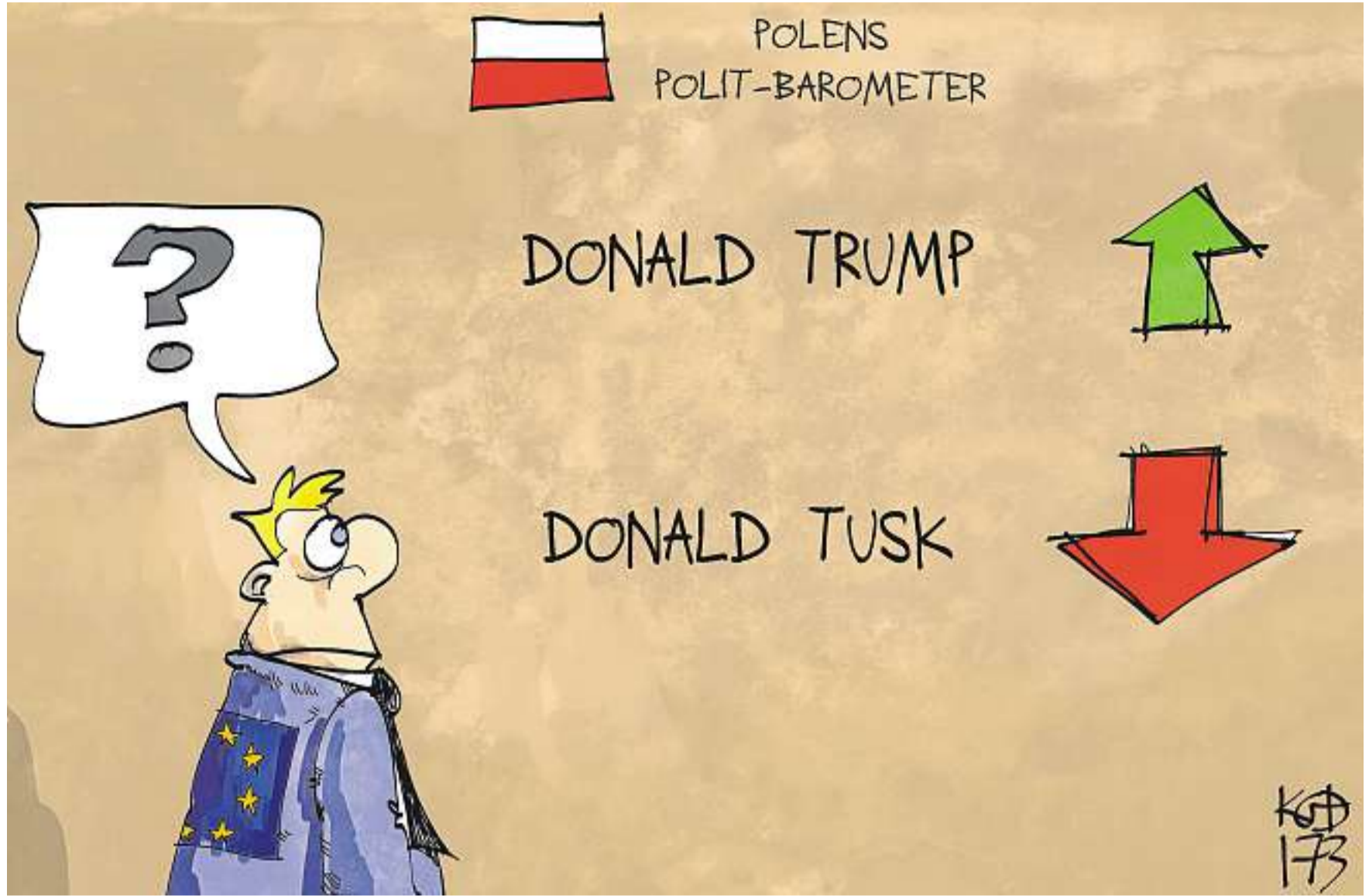
Schlechte Idee



Mirjam Moll
über Polen und die EU

Der Auftritt Polens war ebenso unnötig wie lächerlich. Dass ausgerechnet die Regierung, deren Landsmann bereits Ratspräsident ist, glaubt, einen anderen Kandidaten ins Rennen schicken zu können, ist eine reine Farce. Und wurde als solche behandelt. Dass alle übrigen 27 – inklusive Großbritannien – für eine Fortsetzung der Amtszeit von Donald Tusk stimmten, spricht für sich. Polen hat sich in eine Außenseiterrolle bugsirt, auf die es mit seinem fragwürdigen Staatsumbau ohnehin Kurs nimmt.

Für das dringende benötigte Bild der Einigkeit, das die Gemeinschaft mit dem bald erwarteten offiziellen Austrittsgesuch Großbritanniens umso mehr braucht, ist der Vorgang ein schlechtes Zeichen. Niemand hat ein Interesse daran, Polen auszuschließen. Auch deshalb hält sich die Kommission mit der Fortsetzung des laufenden Rechtsstaatsverfahrens zurück. Zunächst muss Warschau also nicht mit einer Eskalation rechnen. Die EU darf um des schönen Scheins willen jedoch nicht auf die notwendigen Schritte verzichten. Denn die Gemeinschaft steht auch für Werte, deren Verletzung sie bei Beitrittskandidaten wie der Türkei scharf kritisiert. Dieser Grundsatz sollte für Mitglieder umso mehr gelten. **Thema Seite 3**
politik@weser-kurier.de



Kostas Koufogiorgos

Eine Präsidentin Le Pen würde den Geldhahn öffnen



Birgit Holzer
über die Wahl in Frankreich

Er selbst tritt bei der französischen Präsidentenwahl nicht mehr an – wer ihm in den Élysée-Palast nachfolgt, ist François Hollande keineswegs gleichgültig. Auch wenn er keinen Kandidaten unterstützt, so macht er doch deutlich, wen er nicht an der Spitze des Staates sehen will: Marine Le Pen. „Falls die Kandidatin des Front National gewinnen sollte, würde sie einen Ausstiegsprozess aus dem Euro und sogar der EU einleiten. Meine letzte Pflicht ist es, alles zu tun, damit Frankreich nicht eine solch schwere Verantwortung zu tragen hat“, so der amtierende Präsident.

Hollande befürchtet, dass Meinungsforscher Le Pens Stimmen-Potenzial unterschätzen. Umfragen zufolge könnte sie mit 26 Prozent als stärkste Kraft in die Stichwahl einziehen, würde dort aber am Gegenkandidaten scheitern. Nach derzeitigem Stand hat der Sozialliberale Emmanuel Macron die besten Chancen. Wie Le Pen profitiert er von der Schwäche des Sozialisten Benoît Hamon und des Republikaners François Fillon, der in der Affäre um eine mutmaßliche Scheinbeschäftigung seiner Frau viele Unterstützer verloren hat. Doch nur 45 Prozent der befragten Macron-Sympathisanten sind sich ihrer Wahl sicher – gegenüber 79 Prozent von Le Pens Anhängern.

Heute käme es wohl nicht mehr zu Straßenprotesten und einer republikanischen Front wie 2002, als ihr Vater und Vorgänger Jean-Marie Le Pen überraschend die zweite Runde hinter Jacques Chirac erreichte: Sogar überzeugte

Linkswähler stimmten darauf für den Konservativen Chirac, um den Rechts-extremen Le Pen zu verhindern. Doch längst schockiert die Stärke des Front National nicht mehr. Man hat sich an sie gewöhnt. Das ist Marine Le Pens Verdienst. Seit sie 2011 den Parteivorsitz von ihrem Vater übernommen hat, baut sie deren Einfluss in allen Regionen aus. Die 48-Jährige machte ihren Rechtspopulismus salonfähig, indem sie offen ausgesprochene rassistische Töne nicht mehr duldet und sich als moderne, aber autoritäre Chefin präsentiert. Sie profitiert vom Verdruss der Franzosen an den Eliten, während sie selbst eine direkte und einfache Sprache spricht.

Kaum ein Ökonom hält ihre Rechnung für realistisch.

In ihrem Wahlprogramm beschwört Le Pen ein freies Frankreich, das seine nationale Souveränität wieder erlangen soll, und will das Volk über einen EU-Austritt abstimmen lassen. Die Forderung nach der Wiedereinführung einer nationalen Währung – also auch dem Verlassen der Euro-Zone – erwähnt sie erst spät in ihrem Programm. Le Pen weiß, dass eine große Mehrheit der Franzosen dagegen ist. Darüber hinaus fordert sie, dass Frankreich den Schengen-Raum sowie das Militärkommando der Nato verlässt und „seine Rolle als Stabilitäts- und Ausgleichsmacht“ zurückbehält. Wie das im Detail gelingen soll, präzisiert sie nicht.

Neben der Förderung von Volksabstimmungen, die zur Bedingung für Verfassungsänderungen werden sollen,

und einem „intelligenten Protektionismus“ zur konsequenten Bevorzugung der heimischen Wirtschaft stützt sich Le Pen auf das Prinzip der „nationalen Priorität“. Es sieht vor, die Vergabe von Sozialwohnungen, Arbeitsplätzen oder auch Kindergeld-Zahlungen auf Franzosen zu beschränken. Die legale Einwanderung wird auf 10.000 Personen begrenzt, Familiennachzug verboten und von Ausländern „republikanische Assimilierung“ verlangt. Die angebliche Einsparung von Kosten, die mit der Einwanderung und der Zugehörigkeit zur EU verbunden seien, bleiben neben dem verstärkten Kampf gegen Steuer- und Sozialbetrug der einzige Hebel, der es Le Pen erlauben soll, den Geldhahn großzügig zu öffnen. Von Steuerenkungen für die drei geringsten Steuerklassen über Abgabentlastung für mittelständische Unternehmen und eine „Kaufkraftprämie“ für Geringverdiener bis zur Rückkehr zur Rente mit 60 verspricht die Rechtspopulistin den Franzosen einen wahren Geldregen. Zugleich will sie „wieder Ordnung in unsere öffentlichen Finanzen bringen“. Dass kaum ein Ökonom diese Rechnung für realistisch hält, ist allerdings nur selten Thema von Debatten.

Ein weiteres Problem geht oft unter: Für die Umsetzung ihrer Ideen reicht Marine Le Pen nicht die Wahl zur Präsidentin. Der Front National müsste auch die Parlamentswahlen im Juni gewinnen, um die Regierung stellen zu können. Doch Le Pen ist derart zerstritten mit allen anderen Gruppen, dass dieses zum Chaos führen würde – Frankreich wäre im Inneren total blockiert und europäisch isoliert. Ob sie dies mit der Annäherung an Wladimir Putin und Donald Trump ausgleichen würde, für die sie große Bewunderung hegt, steht nicht im Programm. **politik@weser-kurier.de**

Die Welt

über die AfD: „Die AfD ist keine Alternative für Deutschland, sondern eher für jene Deutschen, die sich – aufgeschreckt von Moderne, Globalisierung und Digitalisierung – am liebsten in der heimischen Furche vor der Zukunft wegduckten würden. Der innerparteiliche Zwist tobt im Augenblick nur mehr zwischen Rechten und noch Rechten. Die Politik der großen Koalition und der CDU-Kanzlerin helfen der AfD nach Kräften, aber die Bäume wachsen für die genialen Demagogen längst nicht mehr in den Himmel. Jetzt ist es Aufgabe der politischen Konkurrenz, deren programmatische Retromogelpackung zu dekonstruieren.“

Neues Deutschland

über die Antiterror-Übung: „Ein paar Kommunikationsprobleme gibt's zwar noch, aber im Großen und Ganzen zeigte man sich zufrieden mit dem gemeinsamen Üben von Bundeswehr und Polizei. Bei Terroranschlägen katastrophalen Ausmaßes sind die bewaffneten Organe der BRD theoretisch in der Lage, miteinander zu arbeiten. Total beruhigend? Also irgendwie nicht so richtig.“

KORREKTUREN

Das Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts zum Mitbestimmungsgesetz Schleswig-Holsteins wurde im Jahr 1995 gefällt. Wir hatten am Donnerstag irrtümlich eine falsche Jahreszahl angegeben. Zudem haben wir in der selben Ausgabe aufgrund eines Fehlers der Agentur in unseren beiden Texten zum Thema Lehrlings-schwund die Zahlen falsch eingeordnet. Bei den bundesweiten Werten ging es nicht um neue Ausbildungsverträge, sondern um die Gesamtsumme aller Lehrlinge. Wir bitten, die Fehler zu entschuldigen. **WK**



Dieses Symbol kennzeichnet **Augmented-Reality-Effekte**. Mit Ihrem Smartphone, Tablet und der App **WESER-KURIER Live** können Sie digitale Inhalte abrufen.

WESER KURIER
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN
Bremer Nachrichten
WESER-ZEITUNG · DIE NORDDEUTSCHE
Verdener Nachrichten
TAGESZEITUNG FÜR STADT UND KREIS VERDEN

Bremer Tageszeitungen AG
Martinststraße 43, 28195 Bremen
Chefredaktion: Moritz Döbler (v.i.S.d.P.), Silke Hellwig
Geschäftsführender Redakteur: Christian Wagner
Chefredaktion: Jürgen Hinrichs · Chefredaktion Kultur/Medien:
Dr. Hendrik Werner · Politik: Joerg Helge Wagner
Bremen/Niedersachsen: Mathias Sonnenberg · Wirtschaft:
Philipp Jaklin · Kultur: Iris Hetscher · Sport: Marc Hagedorn
Regionales: Antje Borstelmann, Michael Brandt,
Bernhard Kommesker (komm.) · Leiter Zentralredak: Markus Peters
Leiter Sonderthemen: Stefan Dammann · Art-Direktor:
Franz Berding · Büro Berlin: Steven Geyer (Leitung)
Büro Hannover: Peter Miodoch · Büro Hamburg: Mona Adams

Bezugspreis bei Zustellung im Bremer Wirtschaftsraum monatlich 33,40 € einschließlich 7% USt.

Für den Anzeigenteil verantwortlich:
David Koopmann, Tanja Bittner, Markus Djürken
Anzeigenpreise und -bedingungen nach Preisliste Nr. 71.

Öffnungszeiten Kundenzentrum im Pressehaus Bremen:
montags bis freitags von 9 bis 18 Uhr, sonnabends von 9.30 bis
14 Uhr. Telefonisch erreichen Sie uns montags bis freitags von
6.30 bis 18 Uhr, sonnabends von 7 bis 12 Uhr und sonntags von
9 bis 12 Uhr. Öffnungszeiten unserer regionalen Zeitungshäuser
entnehmen Sie bitte Ihrer beigefügten Regionalausgabe.

Verlag:
Telefon: 0421/36710 Telefax: 0421/36711000

Abonnenten-Service:
Telefon: 0421/36716677 Telefax: 0421/36711020
E-Mail: abonentenservice@weser-kurier.de
abonentenservice@bremer-nachrichten.de

Nachliefer-Service: (bis 11 Uhr):
Telefon: 0800/3671222*
*Kostenlos aus dem Festnetz, Mobilfunktarife können abweichen

Redaktion:
Telefon: 0421/36710 Telefax: 0421/36711000
E-Mail: redaktion@weser-kurier.de
redaktion@bremer-nachrichten.de

Anzeigenannahme:
Telefon: 0421/36716655
Telefax: 0421/36711100 (Anzeigen)
Telefax: 0421/36711010 (Kleinanzeigen)
Telefax: 0421/36711010 (Kleinanzeigen)
E-Mail: anzeigen@weser-kurier.de
anzeigen@bremer-nachrichten.de

Florian Lochau über die Verordnung zur Regulierung der Drohnennutzung

An diesem Freitag bringt der Bundesverkehrsminister eine Verordnung zur Regulierung der Drohnennutzung in den Bundesrat ein, die Deutschland nicht zum nächsten Silicon Valley, sondern zum Tal der Ahnungslosen macht. Richtig ist: Innovation braucht Verantwortung. Deshalb begrüßen wir das Ziel, unserer jungen Boombranche ein verbindliches Regelwerk zu geben. Richtig ist aber auch: Drohnen sind keine bloßen Spielzeuge zur Freizeitgestaltung – wie in der Verordnung beschrieben –, sondern längst die Grundlage erfolgreicher Geschäftsmodelle und neuer Wertschöpfungsketten hier in Deutschland. Die in

den Bundesrat eingebrachte Verordnung ist jedoch ein wahres Kuckucksei für Verwaltung, Anwender und den Wirtschaftstandort Deutschland.

Ein Beispiel: Die Last bei der Erteilung der Aufstiegserlaubnis wird weitgehend den schon heute personell überforderten Landesbehörden überlassen. Dies bedeutet lange Wartezeiten für gewerbliche Drohnenutzer und ist keine geeignete Lösung für ein sich entwickelndes Massenphänomen mit derzeit mehr als 400.000 Drohnen bundesweit. Unser Drohnenverband BVZD weist deutlich darauf hin, dass Teile der Wertschöpfung dieser neuen Industrie bei der Entwicklung neuer Steuer- oder Kommunikationssysteme in Deutschland passieren – besonders im Segment großer Drohnen werden seitens des Verordnungsgebers die Potenziale verkannt. Dies zeigt auch das Verbot der Nutzung von sogenannten

„Out of Sight“-Flügen für Drohnen über 250 Gramm – für die Logistikbranche ein Todesstoß, denn Flüge außerhalb der Sichtweite sind eine Voraussetzung für Flüge auf langen Strecken, die Status und Emissionen reduzieren würden. Hier zeigt der Gesetzgeber, dass er einseitig umweltschädliche Verkehrsträger bevorzugt und die tatsächlichen vielen tausend Verkehrstoten auf deutschen Straßen deutlich weniger gravierend einschätzt als die überzogenen Projektionen möglicher Unfälle mit Drohnen.

Auch von den Verbrauchern wird unnötiger Aufwand gefordert. Die geforderte Kennzeichnung von Drohnen ist begrußenswert, die Feuerfestigkeit derselben wird jedoch aufgrund des unverhältnismäßigen Aufwandes dazu führen, dass viele Drohnen letztlich ohne Kennzeichnung aufsteigen. Experten gehen davon aus, dass sich der weltweite

Markt von gewerblichen Dienstleistungen mit Drohnen mit einem Umfang von 118 Milliarden Dollar entwickeln wird. Die entscheidende Frage ist nun: Welches Stück des Kuchens soll Deutschland davon abgekomen? Mit der vorliegenden Verordnung droht Deutschland ein weiteres Mal, den Anschluss an die Digitalisierung zu verpassen.



Unser Gastautor
ist Vorstandsvorsitzender des Drohnenverbands BVZD. Der gelernte Kaufmann ist Geschäftsführer einer Firma in Leipzig, die Datenerhebung aus der Luft und Datenverarbeitung mit 3D-Modellen anbietet.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Im Tal der Ahnungslosen